Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss foresty journal = Journal forestier suisse

Herausgeber: Schweizerischer Forstverein

Band: 107 (1956)

Heft: 5-6

Artikel: Das Problem der Gebirgshilfe

Autor: Leibundgut, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-764801

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen
Journal forestier suisse

107. Jahrgang | Mai/Juni 1956 | Nummer 5/6

Das Problem der Gebirgshilfe

Von *Hans Leibundgut*, Zürich

Einleitung

(Oxf. 91)
(97)

Die Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft läßt unsere Bergbauern während Jahrhunderten im Lichte der Freiheit und Unabhängigkeit erscheinen und zeugt von deren hohem politischen und persönlichen Ansehen. Verarmt und von hartem Existenzkampf bedroht, erscheinen sie dagegen heute unter dem für alle politischen und wirtschaftlichen Zwecke verwendeten und mißbrauchten Schlagwort «Gebirgshilfe». Während die Bergbauern einst die tragfähige Stütze unseres Staates bildeten, werden sie heute als schwächstes Glied unseres Volkes bezeichnet, und die Lösung der «Bergbauernfrage» wird für unser Land als eines der größten Probleme der Gegenwart dargestellt (1). Diese Wandlung beruht auf dem Umstand, daß die Schweiz bis vor hundert Jahren ein Agrarland mit einem starken Anteil der Bergbewohner an der Gesamtbevölkerung war, während in unserem heutigen Industriestaat die Bergbevölkerung nicht nur ihren Bevölkerungsanteil stark verringert, sondern auch ihre Selbstversorgung weitgehend aufgegeben hat. 1850 betrug der Anteil der Bergbewohner 25,5 %, im Jahre 1950 dagegen nur noch 14,7 %. Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und damit die ganze Lebenshaltung haben sich im Gebirge und Unterland ganz ungleich entwickelt. Die Gebirgsbevölkerung nahm verhältnismäßig geringen Anteil an den technischen Fortschritten unserer Zeit, so daß der «freie, unabhängige» Bergbauer heute weit bescheidener lebt als der einfachste Arbeiter in der Stadt. Ist es da noch verwunderlich, wenn die jungen Bergbauernsöhne und -töchter den Drang nach dem Unterland und der Stadt verspüren und wenn sich mehr als der Geburtenüberschuß in die Industrie- und Wirtschaftszentren ergießt? Die politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Folgen dieser rasch weiterschreitenden Entwicklung beschäftigen seit Jahrzehnten Behörden und das ganze Volk. Hilfsmaßnahmen aller Art versuchen, der Bergflucht Einhalt zu gebieten. Mehr als Einzelerfolge waren aber diesen Bestrebungen nirgends beschieden, und aus der einst rein agrarpolitischen Bergbauernfrage ist ein staatspolitisches Gebirgshilfeproblem geworden.

Tafel: Alpsiedelung im Schutze des Waldes bei Trient (Wallis)

Die Gesamtbevölkerung unseres Landes nimmt jährlich um 50 000 Köpfe zu, während die landwirtschaftliche Bevölkerung um 10 000 zurückgeht. Die Ursache liegt nicht im Verlust landwirtschaftlich nutzbaren Bodens durch Überbauung und Verkehrsanlagen, denn schon längst vermag unsere Landwirtschaft den verfügbaren Boden trotz Güterzusammenlegung, Maschineneinsatz und allgemeiner Rationalisierung nicht mehr mit eigenen Kräften zu bebauen. Im Jahr 1955 wurden 28 384 Ausländern Arbeitsbewilligungen für die Landwirtschaft erteilt. Bis in die entlegensten Alpen finden wir fremde Hilfskräfte, während die einheimischen Landarbeiter besser bezahlte Stellen im Baugewerbe und in Fabriken übernehmen. Nach Regierungspräsident Dr. Margadant (2) waren in Graubünden im Jahre 1888 noch 53,8 % der Gesamtbevölkerung hauptberuflich mit der Landwirtschaft verbunden; 1950 waren es nur noch 26,1 %. Steigende Lebensansprüche, abnehmende Selbstversorgung und eine fortschreitende Verminderung der Wirtschaftlichkeit landwirtschaftlicher Kleinbetriebe verunmöglichen eine wirksame Bergbauernhilfe auf den üblichen Wegen der Bauernpolitik. Die Ursachen der Entvölkerung mancher Gebirgstäler und der Wandlung der gesamten wirtschaftlichen Struktur unseres Landes sind höchst komplexer Art. Neue Grundlagen und veränderte Verhältnisse fordern auch neue Lösungen.

Der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Bergbauern kommt das große Verdienst zu, in ihren Satzungen, Programmen und Postulaten (3) außer den rein landwirtschaftlichen Maßnahmen auch auf forstliche Mittel hingewiesen zu haben, wie die Anlage von Waldwegen und Schutzbauten, Aufforstungen, Senkung der Rüst- und Transportkosten des Holzes usw. Die wesentlichen und wirksamsten Mittel der forstlichen Ertragssteigerung und ihre Bedeutung im Rahmen der Gebirgshilfe sind jedoch kaum erwähnt. Um so mehr erscheint es angebracht, den gesamten Fragenkomplex unter dem Gesichtswinkel der Forstwirtschaft zu beleuchten.

Der Wald stellt für viele Berggemeinden die wichtigste öffentliche Geldquelle dar. Der Gebirgswald umfaßt ein noch ungenügend ausgenütztes, lohnendes Arbeitspotential. Unsere höchst kritische Holzversorgungslage erwartet namentlich durch die Nadelwälder unserer Berggegenden eine Entlastung. Der immer stärker überfüllte Lebensraum unseres Landes findet allein durch eine Verminderung des ertragslosen und gefährdeten Areals im Gebirge eine Möglichkeit zur Ausweitung. Die Gebirgsprobleme liegen daher seit jeher im Mittelpunkt unserer forstlichen Gesetzgebung und unseres forstlichen Wirkens. Eine zusammenfassende Darstellung des Beitrages der Forstwirtschaft zur Gebirgshilfe entspricht den Bedürfnissen der erforderlichen Gesamtschau zur Lösung des Problems. Vor allem aber scheint dringend erwünscht, die Erscheinungen und Ursachen der Entvölkerung der Berggegenden erneut und deutlicher zu beleuchten.

1. Die Erscheinung und Ursache der Entvölkerung von Bergtälern

Im Laufe der letzten hundert Jahre hat sich die schweizerische Bevölkerung nahezu verdoppelt. Geburtenüberschuß und Bevölkerungszunahme ergeben jedoch für die einzelnen Landesteile ein höchst ungleiches Bild. Trotz des bedeutenden Geburtenüberschusses hat die Bergbevölkerung infolge der starken Abwanderung nach den geburtenarmen Gebieten des Mittellandes und den Städten nur um 14 % zugenommen. Die Verbesserung der Landwirtschaft und alle bisherigen Maßnahmen der Bergbauernhilfe vermochten nicht zu verhindern, daß sich in den eigentlichen Bergbauerngemeinden mit mehr als 50 % der Erwerbsbeteiligten in der Landwirtschaft sogar ein Bevölkerungsrückgang von 7 % ergab. Eine Bevölkerungszunahme weisen nur gemischtwirtschaftliche Berggemeinden auf. Ganze Talschaften, wie das Oberhalbstein, das Vordere und Hintere Rheintal, das Valle Maggia, das Onsernone- und Verzascatal, haben sich im Laufe des letzten Jahrhunderts beträchtlich entvölkert. Da von den 3101 schweizerischen Gemeinden 758 ganz und 512 teilweise im Berggebiet liegen, berühren die Erscheinungen der Abwanderung und Entvölkerung große Teile unseres Landes. Mehr und mehr ballt sich die Bevölkerung auf dem engen Raum der Wirtschafts- und Industriezentren des Mittellandes zusammen. Die wirtschaftlichen, soziologischen, politischen und militärischen Folgen dieser zunehmenden «Vermassung» unseres Volkes erscheinen unübersehbar.

Die Ursachen der Bergflucht liegen vor allem in dem sich fortwährend noch vergrößernden Unterschied des Lebenstandardes zwischen Berg- und Stadtbevölkerung, in den allgemein steigenden Lebensansprüchen, nicht zuletzt aber in einer vielfach bedenklichen Geringschätzung der schweren Land- und Waldarbeit. Der Drang zur Abwanderung nach den tatsächlich oder vermeintlich besseren Verdienst- und Wohnstätten des Unterlandes erfaßt alle Intelligenz- und Vitalitätsstufen der Gebirgsbevölkerung in gleichem Maße. Die Hauptursache aber liegt in den ganz unbefriedigenden Produktionsverhältnissen der Alp- und Landwirtschaft im Gebirge. Wenn es den Bauern im Mittelland vielfach schwer fällt, bei der Scholle zu bleiben, wie sollte der Bergbauer geneigt sein, seinen Töchtern und Söhnen den Weg ins Unterland zu verwehren? Bei den rund 82 000 landwirtschaftlichen Betrieben im Berggebiet handelt es sich meist um kleine, oft stark parzellierte Familienbetriebe, welche zwar großen Arbeitsaufwand erheischen, jedoch nur wenigen Menschen ein bescheidenes Auskommen gewähren. Kurze Vegetationszeit, ungünstige Geländeverhältnisse und weit verteilte Kleinflächen verunmöglichen oder erschweren eine Intensivierung des Betriebes durch Einsatz von Maschinen. Der größte Teil des Einkommens der Bergbauern geht zudem aus der Viehhaltung hervor. Während bei mittelländischen Ackerbaubetrieben kaum 2 bis 3 % des Einkommens auf den Erlös von Nutzvieh entfallen,

steigt der Anteil im Alpengebiet bis auf 60 %. Dabei errechnet das Schweizerische Bauernsekretariat für Aufzuchtbetriebe eine ganz ungenügende Rentabilität. Die Zentralstelle der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Bergbauern (4) muß daher feststellen: «*Die Entvölkerung unserer Bergtäler, speziell aber der bergbäuerlichen Bezirke, schreitet weiter fort und konnte trotz allen bisherigen Maßnahmen nicht aufgehalten werden.*»

2. Die Hilfsmaßnahmen

Das Ausmaß und der Erfolg der bisherigen Hilfsmaßnahmen zugunsten der Bergbevölkerung werden durch folgende Angaben des Regierungspräsidenten Dr. Margadant (2) beleuchtet:

Von 1889 bis 1954 haben Bund und Kanton in Graubünden für Meliorationen rund 52 Millionen Franken aufgewendet. Trotz der Hochkonjunktur mußten im Jahre 1954 vom Kanton allein 10 246 000 Fr. für die Unterstützung finanzschwacher Gemeinden aufgebracht werden, indem sich von 221 Gemeinden 42 als unterstützungsbedürftig erwiesen. Ebenso stellt Ryser (5) in seiner Untersuchung über die Bergbauernfrage und die Finanzlage des Bundes und der Kantone fest, daß die Berglandwirtschaft auch im Jahre 1941 mit den günstigen Absatzverhältnissen die Produktionskosten um 20 bis 30 Millionen Franken nicht zu decken vermochte.

Die bisherigen umfassenden Hilfsmaßnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung, des Ausbaues des Schulwesens, des Straßenbaues, der Lawinen- und Wildbachverbauung, der Aufforstung, der Stallsanierung, der Förderung der Heimarbeit, der landwirtschaftlichen Produktions- und Preispolitik und durch finanzielle Hilfe an bedürftige Familien vermochten die drückende Notlage höchstens zu mildern, niemals aber zu beheben. So begründet die Bergbauernhilfe auch erscheinen mag, beweisen doch die bisherigen Erfahrungen, daß auf diesem Wege allein der Entvölkerung der Gebirgsgegenden nicht genügend wirksam entgegengetreten werden kann. Die unzulänglichen Existenzgrundlagen, namentlich aber der Unterschied im Lebensstandard zwischen der Bevölkerung der Gebirgstäler und unserer Industriegebiete, bewirken eine so starke Neigung zur Abwanderung, daß wirksame Gegenmaßnahmen jedenfalls nur in einer vollständigen Änderung der Wirtschaftsgrundlagen zu erblicken sind. Die *Bevölkerungsbewegung und wirtschaftliche Entwicklung einiger Gebirgskantone* sind in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich:

Das *Wallis* zeigt seit 1905 einen ganz unvergleichlichen wirtschaftlichen Aufschwung infolge der Entwicklung des Verkehrswesens, insbesondere des Simplondurchstiches (1905) und des Baues der Lötschbergbahn (1913). Brig, Naters und Glis zeigten beispielsweise folgende Bevölkerungszahlen:

1880 . . .	3009	Einwohner
1900 . . .	7228	»
1920 . . .	7217	»

In abgelegenen Gebieten, so im Val d'Entremont, beschleunigte die Erschließung und Industrialisierung des Haupttales dagegen die Abwanderung. So wies die Gemeinde Liddes im Jahre 1880 1267 Einwohner auf, 1930 dagegen nur noch 832. Die Bevölkerungszunahme erstreckt sich vor allem auf das Haupttal, dessen Wirtschafts- und Industriezentren und einzelne Fremdenkurorte, während sich die Bergbauerngebiete weiter entvölkerten. Erst der Bau von Seilbahnen und guter Straßen, welche das Haupttal mit den Bergdörfern verbinden, vermochte einen Teil der Arbeiterbauern von der Ansiedelung in den Industrieorten abzuhalten. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß sich die soziale Struktur des Wallis infolge der Industrialisierung mehr und mehr ändert. Zur Bauern- und Angestelltenbevölkerung gesellt sich zunehmend die soziale Schicht der Fabrikarbeiter. Diese Entwicklung wird durch die Einführung von Industrien in den Seitentälern weiter gefördert. Im Dezember 1946 wurde beispielsweise in St. Niklaus eine Scintilla-Filiale mit 300 Arbeitern eröffnet. Die Bevölkerung stieg zwar in der Folge rasch sehr stark an, wobei jedoch die Zahl der hauptberuflich in der Landwirtschaft Tätigen trotz der günstigeren Absatzverhältnisse für landwirtschaftliche Produkte weiter zurückging. Einzig in den ausgedehnten Meliorationsgebieten des Rhonetals mit ihrem intensiven Obst-, Gemüse- und Ackerbau vermochte der vermehrte Landbau auch eine Zunahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu bewirken. Selbst in guterschlossenen hochgelegenen Seitentälern, wie in Lötschen, ist dagegen die landwirtschaftliche Produktion im Laufe der letzten hundert Jahre gleichgeblieben oder sogar zurückgegangen. Aus einer früheren Veröffentlichung (6) entnehmen wir folgende Zahlen:

Ergebnisse der Viehzählungen im Lötschental

Jahr	Schafe	Ziegen	Kühe	Rindvieh total
1866 . . .	1380	637	420	777
1886 . . .	1311	443	466	905
1906 . . .	1533	623	431	954
1926 . . .	1387	681	403	856
1946 . . .	860	445	368	716

Auf eine Haushaltung entfielen 1866 durchschnittlich 2,3 Kühe, 1930 dagegen nur noch 1,6 Kühe. Der Ackerbau ist ebenfalls beträchtlich zurückgegangen.

Wir stellen im Wallis fest, daß die Erschließung unserer Bergtäler und die Einführung von Industrien den Bestrebungen der Bergbauernhilfe teilweise zuwiderlaufen. Dennoch stimmen wir Prof. K r a p f und Dr. K u n z (Bern) zu, wenn sie in einem Gutachten zum Schluß gelangen,

daß die Ansiedlung von bestimmten, in Art und Größe auf den jeweiligen Standort abgestimmten Industrien in Berggegenden eine offensichtliche Wohlstands- und Lebensstandardsteigerung bewirkt und daher als Vorteil zu werten ist. Wenn der «Arbeiterbauer» dabei einen Teil seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit einbüßt, wird dieser Nachteil durch den Anschluß der Bergbevölkerung an das Wirtschaftsleben des Unterlandes reichlich ausgeglichen.

Ein typisches Gegenbeispiel stellt der *Kanton Graubünden* dar (7). Ihm fehlen, mit Ausnahme der Hovag, Ems, größere Industrien, die Ausnützung der Wasserkräfte steckt noch in den Anfängen, und ebenso sind keine bedeutenden internationalen Durchgangslinien vorhanden. Die Erschließung des Kantons erfolgt vorwiegend durch Schmalspurbahnen. Abgesehen von kleineren Industrieunternehmungen bilden die krisenempfindliche Fremdenindustrie und das von ihr stark abhängige Kleingewerbe neben der Landwirtschaft und Waldwirtschaft die Haupteinnahmequellen der bündnerischen Bevölkerung.

Durch den Bau der Brenner- und Gotthardbahn verlor Graubünden zudem einen großen Teil des Verdienstes aus dem Paßverkehr, welcher 3000 bis 4000 Menschen eine gute Existenz bot. Die *Bevölkerungsbewegung der Talschaft Rheinwald* zeigt die Folgen dieser Entwicklung besonders deutlich. Die Einwohnerzahlen betrugen im Jahre

1780 . . .	1143
1860 . . .	1294
1880 . . .	1082
1900 . . .	911
1920 . . .	860
1940 . . .	884

Im Gegensatz zum Rheinwald und zu anderen vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten stehen die Gebiete mit Industrie, Handel, Verkehr und Fremdenindustrie, wie am Beispiel der Kreise *Chur, Oberengadin* und *Arosa* dargestellt werden soll:

Bevölkerungsbewegung seit 1880

Kreis	1880	1900	1920	1941
Chur (Handel, Verkehr, Industrie)	8753	11 532	15 600	17 060
Oberengadin (Fremdenverkehr) .	3614	5 229	7 885	7 525
Arosa (Fremdenverkehr)	54	1 071	2 090	1 980

Das Studium der Wirtschaftsgrundlagen und Bevölkerungsbewegung in Graubünden zeigt, wie im Wallis, daß die bisherige Bergbauernhilfe den Übergang von der Selbstversorgung zur einseitigen Viehzucht und die dadurch entstehende vermehrte Krisenempfindlichkeit nicht zu verhindern vermochte. Die Landwirtschaft stellt das Hauptkontingent der Abwanderung. Mangel an jungen Arbeitskräften, starke Parzellierung

und große Lohnunterschiede zwischen Landwirtschaft und Industrie, Gewerbe oder Fremdenverkehr führen vielfach zu einer extensiven Bodenbenützung. Obwohl in Graubünden die Landwirtschaft eine Hauptstütze des Erwerbslebens geblieben ist, ging doch die Zahl der von ihr lebenden Bevölkerung vom Jahre 1860 mit 56 536 Personen auf 42 707 im Jahre 1941 zurück. Die Bevölkerungszunahme des ganzen Kantons beruht im wesentlichen auf den 18 wichtigsten Kurorten und Verkehrs- und Wirtschaftszentren. In den übrigen 203 Gemeinden betrug die Zunahme nur 5063 Personen. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung hat in einer großen Zahl von Gemeinden zu einer bedenklichen Notlage geführt. Die Hauptausgaben der Gemeinden, die Lehrerbesoldungen, die Ausgaben für Straßenunterhalt, Lawinen- und Wildbachverbauungen, die Armenunterstützungen und andere Gemeindelasten sind trotz des Bevölkerungsrückganges gestiegen. Wenn bis heute nicht noch mehr als 30 bis 40 Gemeinden alljährlich unterstützungsbedürftig waren, beruht dieses in erster Linie auf ihrem Waldreichtum. Die Finanzlage eines Großteiles der bergbäuerlichen Gemeinden ist durch die Einnahmen aus der *Waldwirtschaft* bedingt.

Auch andere Gebirgskantone, namentlich Uri und Tessin, erlauben dieselben Feststellungen wie Wallis und Graubünden. In *Uri* (8) entfällt die Bevölkerungszunahme fast ausschließlich auf die an der Gotthardlinie gelegenen Orte. Die vorwiegend bäuerlichen Gemeinden am See und im Schächental wurden von der Entwicklung wenig berührt. Industrie, Verkehr und Fremdenverkehr vermochten in Uri zu bewirken, daß nur eine einzige Gemeinde — Hospental — einen Bevölkerungsrückgang aufweist.

Im *Tessin* (9) weisen neben den an der Gotthardlinie gelegenen Industrie-, Verkehrs- und Wirtschaftszentren und den Fremdenorten mit einer starken Bevölkerungszunahme abgelegene Täler mit ausschließlicher Berglandwirtschaft, wie das Valle Maggia und das Verzascatal, eine beträchtliche Entvölkerung auf, wobei nicht allein die Abwanderung, sondern vielfach auch eine geringe Geburtenziffer die Ursache darstellt. Elementarschäden mögen in einigen Fällen, wie im Valle Maggia, ebenfalls zum Bevölkerungsrückgang beitragen. In erster Linie stellen wir aber doch fest, daß die progressive Verschlechterung der Existenzverhältnisse in der Landwirtschaft als Hauptursache der Entvölkerung zu gelten hat. Der frühere Ackerbau ist auf ein rudimentäres Ausmaß zurückgegangen. Die Alpwirtschaft hat ihren früheren Selbstversorgercharakter verloren. Die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung sind vom Lebensstandard der in fortschrittlichen Gemeinden lebenden Arbeiter und Angestellten nicht unberührt geblieben. Daraus, daß unsere Bergbauern nicht mehr Selbstversorger sind, ergibt sich auch die berechtigte Forderung nach einem den Industriearbeitern und Angestellten einigermaßen ebenbürtigen Verdienst.

Diese Strukturwandlung der Gebirgslandwirtschaft darf nicht übersehen werden, wenn das Bergbauernproblem einer tatsächlichen Lösung entgegengeführt werden soll. Dem Bergbauern ist nicht zuzumuten, zeitlebens der arme Mann zu bleiben und fortwährend auf die Almosen des Unterlandes angewiesen zu sein. Die Bemühungen der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Bergbauern, der Schweiz. Innenkolonisation, des Schweiz. Alpwirtschaftlichen Vereins, der Volkswirtschaftskammer des Berner Oberlandes und anderer Organisationen sind überaus lobend anzuerkennen. Unverändert bleibt aber die Tatsache, daß der Landwirtschaft im Gebirge klimatisch und topographisch sehr enge Grenzen gesetzt sind, und daß hier die teuer gewordene menschliche Arbeitskraft der wichtigste Produktionsfaktor geblieben ist. Sie muß auf kleinen Flächen mit weiten Anmarschwegen mühevoll ersetzen, was andernorts dank der längeren Vegetationszeit, des fruchtbareren Bodens und großer Flächen mit Maschineneinsatz und weniger Mühe erreicht werden kann. Mit der Preisgabe der Selbstversorgung verlor das Bergbauerntum einen wesentlichen Teil seiner materiellen Existenzgrundlage. Über diese Tatsache vermögen historisch-politische Beschwörungen, folkloristische und «bauernkulturelle» Bemühungen und die Zufuhr von Wirtschaftsüberschüssen aus dem Unterland nicht hinwegzutäuschen. Die schwere geistige und soziale Krise im alpinen Raum muß vielmehr als sehr ernste soziale und politische Zeiterscheinung gewertet werden. Wie Professor Röpke in einem Vortrag in Zürich (10) hervorgehoben hat, wird die gegenwärtige Kulturkrise unterstützt durch eine soziologische Krise, welche sich durch Begriffe wie Standardisierung, Proletarisierung, Verstädterung andeuten läßt.

Die ausführliche Darstellung der Entvölkerung von Berggegenden, der Problematik rein landwirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen und der erforderlichen Trennung der Probleme «Bergbauernhilfe» und «Maßnahmen gegen die Entvölkerung der Berggegenden» führt zu nachstehenden *Folgerungen:*

1. *Mit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der Einführung von Industrie und Fremdenverkehr kann der Entvölkerung zwar erfolgreich entgegengewirkt werden; das Problem der Bergbauernhilfe und die Aufgabe der Erhaltung einer wenig krisenempfindlichen, den Erscheinungen der «Vermassung» wenig zugänglichen Bergbevölkerung werden aber damit nicht gelöst.*

2. *Die Waldwirtschaft stellt bereits heute eine wichtige Stütze des gesamten Finanzhaushaltes bergbäuerlicher Gemeinden dar. Diese Tatsache läßt einen hohen Wirkungsgrad waldwirtschaftlicher Maßnahmen zur Verbesserung der Existenzbedingungen im Gebirge erwarten.*

3. Die Forstwirtschaft im Dienste der Gebirgshilfe

Zu den elementaren Existenzgrundlagen im Gebirge gehört der Schutz der Menschen, ihrer Siedlungen und Anlagen, des fruchtbaren Bodens und der Kulturen vor Lawinen, Steinschlag, Wildwassern, Erdbewegung und Erosion. *Lawinen- und Wildbachverbau, Wiederaufforstungen gefährdeter Gebiete und die Wiederherstellung der Schutzwälder* sind daher als erste Voraussetzungen einer wirksamen und dauerhaften Gebirgshilfe zu betrachten. Für diese Aufgaben reichen die Eigenmittel unserer Berggemeinden nicht aus, und selbst die Instandhaltung der Werke übersteigt in manchen Fällen die eigenen Kräfte. Bundes- und Kantonshilfe erscheinen in vermehrtem Maße erforderlich, vor allem, wenn in Zukunft noch mehr Mut und Einsicht zu umfassenden Gesamtlösungen aufgebracht werden. Bei aller Würdigung der bisherigen Leistungen darf nicht unerwähnt bleiben, daß es vielfach an ausgedehnten Gesamtprojekten fehlte, wohl einerseits aus Furcht vor den Kosten, anderseits und in erster Linie aber, weil allzu zäh an alten Gewohnheiten und der irrigen Auffassung festgehalten wurde, wonach jede Preisgabe von Weidefläche einen Verlust für die Alpwirtschaft bedeute. Die Aufstellung eines Wildbach- und Lawinenkatasters für die Berggegenden und die Aufstellung eines Verbauungs- und Aufforstungsprogrammes in Verbindung mit einem umfassenden Projekt für die Weideverbesserungen dürfte diese große nationale Aufgabe der Gebirgshilfe nicht nur ins richtige Licht rücken, sondern auch unseren Parlamentariern und dem ganzen Volk die Größe der Verpflichtung des Unterlandes gegenüber dem Gebirge bewußt werden lassen.

Auf dem Gebiete des *Wegebaues* ist die generelle Projektierung dank der klar festgelegten und tatsächlich auch gehandhabten Vorschriften und Weisungen der Eidg. Inspektion für Forstwesen erfreulich weit fortgeschritten. Wenigstens für einen großen Teil der öffentlichen Gebirgswälder und die angrenzenden Alpgebiete bestehen sorgfältig entworfene Gesamtprojekte. Die bisherigen Erfahrungen lehren, daß sich der Waldwegebau als eines der wirksamsten Mittel der Gebirgshilfe erweist. Er schafft zusätzliche Arbeit zu angemessenen Löhnen für die Bergbauern beim Bau und Unterhalt, ermöglicht eine rationellere und bessere Waldbewirtschaftung, die Erhöhung und bessere Verwertung der Nutzungen und dient damit sowohl dem Gebirge wie dem Holzmangelgebiet des Unterlandes. Der Waldwegebau im Gebirge erlaubt vielfach den Anschluß für das land- und alpwirtschaftliche Areal, dient der Touristik und trägt damit zur Verbesserung der gesamten Lebensbedingungen der Gebirgsbevölkerung bei. Ungenügende Geldmittel, fehlende Initiative bei den Waldbesitzern und Gemeinden, vor allem aber auch der Mangel an Forstingenieuren infolge zu großer Forstkreise führten — abgesehen von zahlreichen Einzelfällen — zu einem so langsamen Tempo im Bau der

Wald- und Alpwege, daß auch nach Abschluß eines Jahrhunderts die erforderliche Erschließung unserer Bergwaldungen nicht verwirklicht wäre. Professor Bagdasarjanz schätzt die heutige durchschnittliche Wegdichte im Gebirgswald auf höchstens 15 m′ pro Hektar, während zu einer intensiven Bewirtschaftung wenigstens 40 m′ erforderlich wären. Demnach fehlen uns noch schätzungsweise 12 500 km mit Wagen oder Schlitten befahrbare Straßen und Waldwege im Gebirge mit einem ungefähren Kostenumfang von nahezu 750 Millionen Franken. Die Verwirklichung eines solchen Programmes vermöchte während dreißig Jahren nahezu 3000 Arbeiter voll zu beschäftigen, wobei sich der Waldwegebau im Gebirge ganz besonders als zusätzliche und ordentlich entlöhnte Beschäftigung für landwirtschaftliche Arbeitskräfte eignet.

Waldbau im Gebirge ist vor allem ein Transportproblem. Der vermehrte Waldwegebau bildet daher die Grundlage für die Ertragssteigerung im Gebirgswald, welche dem Gebirge mehr Geldmittel zuführt, willkommenen Nebenverdienst für die Bergbauern schafft und der allmählichen Entstehung eines sozial gesunden Berufswaldarbeiterstandes mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb ermöglicht. Die Waldwirtschaft ist im Gebirge selbsttragend und in der Regel auf keinerlei Unterstützung angewiesen, abgesehen von den im Allgemeininteresse liegenden Schutzbauten, Wiederaufforstungen und der Verwirklichung des Wegebauprogrammes.

Der Gebirgswald weist den großen Vorzug auf, die von unserer Industrie besonders begehrten Nadelholzsortimente zu erzeugen. Ganz bedeutende Holzmengen, welche sich aus dringend notwendigen Durchforstungen ergeben würden, sind heute infolge mangelnder Walderschließung und hoher Transportkosten ungenutzt. Eine bescheidene Erhöhung der Nutzung um 10 % als Folge besserer Walderschließung und der dadurch ermöglichten intensiveren Waldpflege und Waldnutzung würde dem Gebirge auf Grund der gegenwärtigen Preisansätze jährlich wenigstens 25 Millionen Franken zuführen.

Die Hälfte der schweizerischen Waldfläche liegt in den Alpen, ein Viertel im Jura. Vom gesamten Produktionsvermögen des Schweizer Waldes entfällt also jedenfalls mehr als die Hälfte auf den Gebirgswald. Jede Förderung der Waldwirtschaft wirkt sich daher zum großen Teil auch als Verbesserung der gesamten Gebirgswirtschaft aus. Der Bergwald bietet weite, im Interesse unserer gesamten Holzversorgung liegende Möglichkeiten zur Ertragssteigerung, zur lohnenden Arbeitsbeschaffung und wirksamen Bergbauernhilfe.

Es stellt sich die Frage, weshalb diese Möglichkeiten bisher nur in beschränktem Maße ausgenützt wurden. Immer und immer wieder wurde von forstlicher Seite auf die dringende Notwendigkeit einer besseren Erschließung und Bewirtschaftung unserer Gebirgswälder hingewiesen, und ebenso wurden die zweckmäßige Ausscheidung von Wald und Weide, die

Wiederherstellung der klimatischen Waldgrenze, die Aufforstung unproduktiver Weiden, der Verbau lawinen- und wildbachgefährdeter Gebiete empfohlen. Die Probleme wurden aber höchstens zeitweise von weiteren Kreisen in ihrer nationalen Bedeutung erfaßt, wie etwa zur Zeit der Entstehung unseres ersten eidgenössischen Forstgesetzes. Die Forstdienstorganisation ist deshalb in den meisten Kantonen in den Anfängen unserer ersten Forstpolizeiordnung steckengeblieben, und die von Kasthofer und Landolt und andern schon vor einem Jahrhundert geschilderten Zustände bestehen auch heute noch in vielen Alpentälern. Unser eidgenössisches Forstgesetz hat sich namentlich für das Gebirge segensreich ausgewirkt und ist als ein Meisterwerk forstpolitischen Weitblickes zu betrachten; es hat den Gebirgswald vor einer weiteren Zerstörung bewahrt. Unsere Holzversorgungslage und die Not der Gebirgsbevölkerung zwingen aber heute dazu, über diese erste Stufe des Waldschutzes hinauszugelangen und ein großzügiges Programm zur Ertragssteigerung der Wälder und ein forstliches Gebirgshilfeprogramm auszuarbeiten. Diese Aufgabe fällt wohl in erster Linie der Eidg. Inspektion für Forstwesen in Verbindung mit den Kantonen zu, nicht zuletzt aber auch dem Schweizerischen Forstverein, der seit jeher zu den Trägern unseres forstlichen Fortschrittes gehört. Der Ausbau des Forstdienstes, die Walderschließung, die Erhöhung der Produktion und Verbesserung der Holzverwertung, die Verbesserung der Waldarbeit, die Aufforstung, Verbauung und Ausscheidung von Wald und Weide fallen ebenso in den Rahmen dieser Programme wie die Förderung der forstwissenschaftlichen Lehre und Forschung.

Ein Erfolg kann diesen Bestrebungen nur beschieden sein, wenn auch die *psychologischen Gesichtspunkte* gebührend berücksichtigt werden. Unsere Bergbauern verkörpern seit jeher einen Freiheits- und Unabhängigkeitswillen, welcher in engem Zusammenhang mit einer konservativen und individualistischen Einstellung steht. Jeder forstliche Fortschritt muß daher vom Willen zur Selbsthilfe und von der Einsicht der dringenden Notwendigkeit eines technischen und wirtschaftlichen Fortschrittes getragen sein. Wenn der Vorstand des Schweiz. Forstvereins verdienstvoll die Initiative zur Herausgabe eines Gebirgshilfeheftes unserer Zeitschrift ergriffen hat, war er jedenfalls in gleichem Maße bestrebt, sich an die Gebirgsbevölkerung selbst wie an die Forstleute und Behörden zu wenden.

Literaturverzeichnis

1. *Winterberger, G.:* Die Entvölkerung der Bergtäler und die Bergbauernfrage. «Neue Zürcher Zeitung», Nrn. 860 und 879, 1956.
2. *Margadant, Chr.:* Die großen Sorgen und Schwierigkeiten. «Tagesanzeiger für Stadt und Kanton Zürich», Nr. 28, 1956.
3. Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Bergbauern: Ihre Satzungen, ihr Programm, ihre Postulate. Verlag der Zentralstelle zur Wahrung der Interessen der Bergbevölkerung (SAB-Verlag), Brugg 1943.

4. *Ryser, W.*, und *Imboden, A.:* Die Bevölkerungsentwicklung im schweizerischen Berggebiet seit hundert Jahren. SAB-Verlag, Brugg 1953.
5. *Ryser, W.:* Die Bergbauernfrage und die Finanzlage des Bundes und der Kantone. Agrarpolitische Revue, Heft 10/11, 1946.
6. *Leibundgut, H.:* Wald- und Wirtschaftsstudien im Lötschental. Büchler & Co., Bern 1938.
7. *Töndury-Osirnig, G. A.:* Studie zur Volkswirtschaft Graubündens. Engadin Press Co., Samedan 1946.
8. *Weilenmann, H.:* Uri. Land, Volk, Staat, Wirtschaft und Kultur. Eugen Rentsch, Erlenbach-Zürich 1943.
9. *Bernhard, H.:* Die Wirtschaftsprobleme des Valle Maggia als typisches Gebirgsentvölkerungsgebiet. Schweiz. Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft, Heft 36, Zürich 1928.
10. *Röpke, W.:* Die Massengesellschaft und ihre Probleme. «Neue Zürcher Zeitung», Nr. 1223, 1956.

Résumé

Le problème de l'aide à la montagne

Alors qu'autrefois les paysans des montagnes constituaient un des piliers de la nation, on les considère aujourd'hui comme l'élément le plus faible de notre peuple. Dans notre pays très industrialisé les montagnards constituent une proportion toujours plus faible de la population totale. En 1850, ils représentaient le 25,5 % de la population totale, en 1950 cette proportion était tombée à 14,7 %. Les conditions de revenu et de fortune et le niveau de vie qui en résulte se sont développés tout différemment en montagne et en plaine. C'est pourquoi la proportion de ceux qui quittent leur haut-pays pour se rendre dans les centres économiques et industriels de la plaine dépasse celle des excédents de naissance.

La raison de la diminution de la population agricole de 10 000 personnes par an, alors qu'en même temps la population totale de notre pays augmente annuellement de 50 000 individus, n'est pas due à la perte de sol cultivable; car malgré une rationalisation toujours plus poussée de l'agriculture cette dernière n'arrive plus à cultiver les terres disponibles avec ses propres moyens. Malgré un très grand excédent de naissances, la population montagnarde n'a augmenté au cours du siècle dernier que de 14 %, alors que le nombre des habitants en Suisse a presque doublé. On constate même dans les véritables communes de montagne une diminution de la population de 7 %; c'est ainsi que des vallées entières comme l'Oberhalbstein, les vallées du Rhin antérieur et du Rhin postérieur, le val Maggia, les vallées d'Onsernone et de Verzasca se dépeuplèrent dans une large mesure.

L'auteur analyse en détail le dépeuplement des régions montagneuses à l'aide d'exemples concrets provenant des cantons du Valais, des Grisons, d'Uri et du Tessin. Il montre le côté problématique de mesures d'aide purement agricoles. Il en arrive aux conclusions suivantes:

1. L'amélioration des moyens de transport, l'introduction d'industries et le tourisme peuvent certainement freiner le dépeuplement des montagnes; le problème de l'aide aux paysans de montagne et la tâche de maintenir une population moins sensible aux crises économiques et sans tendances prolétariennes ne sont cependant pas pour autant résolus.

2. L'économie forestière représente aujourd'hui déjà un des piliers financiers de l'économie des communes de montagne. Ce fait permet de prévoir que des mesures d'ordre sylvicole auront un grand effet sur l'amélioration des conditions de vie en montagne.

Dans le cadre d'une aide efficace, l'économie forestière aura donc les fonctions suivantes à remplir:

a) Protection des hommes, de leurs habitations et installations, du sol et des cultures contre les avalanches, les chutes de pierre, les torrents, les glissements de terrains et l'érosion. Les travaux de défense contre avalanches et les corrections de torrents, les reboisements des zones menacées et les reconstitutions des forêts de protection doivent être considérés comme la première condition d'une aide à la montagne durable. Une aide fédérale et cantonale plus importante que jusqu'à présent est nécessaire pour satisfaire à ces exigences, en particulier pour l'exécution de projets d'ensemble qui sont la base de solutions d'ensemble. Un cadastre des couloirs d'avalanche et des torrents ainsi que l'établissement d'un programme général de construction et de reboisement en relation avec des améliorations d'alpages montreraient à toute la nation l'importance des obligations de la plaine à l'égard de la montagne.

b) La construction de routes forestières représente un des meilleurs moyens d'aide à la montagne. Ces routes fournissent un travail supplémentaire et par là un gain aux paysans de montagne lors de leur construction et par leur entretien; elles permettent une meilleure gestion des forêts, une augmentation des exploitations et une meilleure utilisation de ces dernières et servent ainsi à la fois la montagne et la plaine qui a besoin de bois d'œuvre. Les projets généraux exigés par l'Inspection fédérale des forêts sont en grande partie établis pour les forêts de montagne publiques. La construction de routes forestières permet souvent aussi de desservir des terrains agricoles et des alpages, de favoriser le tourisme et de participer ainsi à l'amélioration de l'ensemble des conditions de vie de la population des montagnes.

c) La sylviculture en montagne est avant tout un problème de transport. Une construction accrue de routes forestières constitue donc la base pour l'augmentation de la productivité des forêts de montagne, laquelle apportera plus de moyens financiers à cette région, fournira aux paysans de ce pays un gain accessoire bienvenu et permettra avec le temps de former une classe d'ouvriers forestiers socialement évolués. Une augmentation des exploitations de 10 % seulement comme conséquence de conditions de transport améliorées, et de ce fait d'une gestion plus intensive, apporterait à la montagne, en se basant sur les prix de bois actuels, au moins 25 millions de francs en plus chaque année. Etant donné que la moitié de la surface forestière de la Suisse se trouve dans les Alpes et un quart dans le Jura, chaque mesure tendant à faire progresser la foresterie contribue donc très souvent à améliorer l'économie de montagne.

L'organisation forestière en est restée dans la plupart de nos cantons au stade des premiers règlements de police. Notre ravitaillement en bois et la mauvaise situation de la population des montagnes nous obligent aujourd'hui de dé-

passer ce stade de la conservation des forêts et de mettre sur pied un vaste programme forestier d'aide à la montagne. Il faut espérer que ce progrès de la foresterie soit dû aussi bien à la volonté de s'aider soi-même qu'à la constatation qu'un progrès technique et économique est d'une absolue nécessité. *Farron*

L'aide à la montagne par les pouvoirs publics forestiers

Par *Ch. Gonet,* Zurich et Lausanne

(Oxf. 91--945.12)
(97:92.5)

C'est surtout par l'octroi de subventions que les pouvoirs publics, Confédération et cantons, ont cherché à développer l'économie forestière des régions de montagne. Leur influence sur l'économie fut cependant indirecte. Les subventions voulaient d'abord assurer une police des forêts plus efficace, renforcer leur action de protection et assurer leur conservation et leur restauration.

Ces subventions ont-elles amélioré les conditions d'existence des populations de montagne en les rendant mieux comparables à celles des habitants des Préalpes ou du Plateau? Pour répondre objectivement à cette question, il faut se rappeler que l'octroi de subventions est toujours lié à des obligations. Les pouvoirs publics ne donnent jamais rien pour rien, si ce n'est à de rares occasions, en cas de catastrophe notamment. Ces obligations peuvent être très lourdes et graves de conséquences. Elles sont de diverse nature. C'est premièrement la participation financière à la construction d'ouvrages et à l'entretien de ceux-ci; c'est ensuite le renoncement à des droits d'usage parfois indispensables à la vie; c'est enfin la création de nouvelles forêts et la restauration de forêts existantes sans profit immédiat.

Les subventions accordées pour la construction de routes forestières ne servant pas seulement aux transports des bois, mais facilitant aussi l'accès à des hameaux isolés, aux mayens ou aux pâturages élevés, ont certainement facilité la vie à la montagne. Que l'on songe à la situation de ces familles isolées par la neige ou les intempéries qui ne peuvent, en cas de détresse, faire immédiatement appel au médecin ou à la sage-femme. L'entretien parfois très coûteux de ces routes est d'autre part souvent compensé par l'augmentation du revenu des forêts résultant d'une diminution des frais de transport et d'une augmentation du rendement des coupes.

La construction subventionnée d'ouvrages de protection contre les avalanches et les torrents a non seulement facilité, mais dans certaines circonstances a seule permis l'habitation de villages particulièrement menacés. La participation à la construction de ces ouvrages et leur entretien ont été par contre une lourde charge. Ces constructions sont aussi